

Gerade weil sich die unterschwellige Bedeutung von Begriffen häufig verbirgt, bleibt es darüber hinaus wichtig, rechtspopulistische Sprache auch Anderen gegenüber zu thematisieren. Das Ziel: Verhindern, dass mit den rechtspopulistischen Sprachbildern (»Flüchtlingswelle«) auch die darin transportierten Vorstellungen normal werden (»die Grenzen dichtmachen«, um sich vor der »Welle« zu schützen).

Es ist eine große Herausforderung, den richtigen Umgang mit Menschen zu finden, die unbewusst, beiläufig, aber manchmal auch mit voller Absicht rechtspopulistische Sprache benutzen. Oft glauben wir schon zu wissen, was das Gegenüber auf unsere Kritik entgegennimmt: »Nur, weil das jetzt nicht ganz ›politisch korrekt‹ war, werde ich in die rechte Ecke gestellt.« Oder: »Das wird man ja wohl noch sagen dürfen ...« Vielleicht auch: »Man weiß ja gar nicht mehr, wie das jetzt alles richtig heißt.« Der leicht anzubringende Vorwurf der »Sprachpolizei« lähmt unsere Reaktionsbereitschaft – aber ist er überhaupt berechtigt?

Sprache ist etwas sehr Persönliches. Wir wachsen mit ihr auf, verständigen uns darüber, drücken unsere Gedanken mit ihr aus. Viele Menschen wollen sich nicht »in ihren Kopf hineinreden« lassen. Sie empfinden Hinweise auf ihren Sprachgebrauch als übergriffig und einschränkend. Und sie glauben, dass dadurch auch das Diskutieren über Probleme verboten werde. Vielleicht sorgen sie sich vor sozialen Konsequenzen in ihrem Umfeld, wenn sie sich zu politischen Themen äußern. Wer über den Sprachgebrauch anderer redet, muss diese Verunsicherung mitdenken – und verstehen, woher sie kommt.

Eine Ursache für die Verunsicherung liegt in einer tatsächlich sehr positiven Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte. Menschengruppen, die durch den alltäglichen Sprachgebrauch seit Langem ausgeschlossen oder unsichtbar gemacht werden, fordern Gleichberechtigung ein.

Die Vielfalt unserer Gesellschaft beginnt so, sich auch in unserer Sprache zu zeigen: Wir versuchen, gendergerecht zu sprechen und sehen in Migration nicht nur einen »Hintergrund«, sondern verschiedene Geschichten, die erzählt und ausgetauscht werden können. Während (bewusst oder unbewusst getätigte) rassistische, antisemitische, sexistische, klassistische oder behindertenfeindliche Äußerungen an Stammtischen, in Talkshows, Umkleidekabinen und Klassenzimmern früher oft kommentarlos stehengelassen wurden, treffen sie nun online und auf der Straße auf öffentlichen Widerspruch.

Trotzdem geht der Vorwurf der Sprachpolizei an der Sache vorbei. Auf ausgrenzende, diskriminierende und verletzende Sprache hinzuweisen und sie zum Thema zu machen, ist keine Einschränkung der Meinungsfreiheit! Es ist weder ein Verbot inhaltlicher

Diskussionen, noch steht die Absicht dahinter, Menschen für ihren Sprachgebrauch zu bestrafen – sondern es geht darum, Alternativen vorzuschlagen, die einschließen statt auszuschließen.

Die *eigenen*, von klein auf erlernten **Sprach- und Denkmuster kritisch zu hinterfragen und aktiv zu verlernen, kann eine große Herausforderung sein** und als Einschränkung empfunden werden. Deshalb muss die mögliche Verunsicherung des Gegenübers ernst genommen werden. Es ist für uns alle ein andauernder Prozess, unser eigenes Sprechen zu reflektieren.

Wenn du den Sprachgebrauch *Anderer* zum Thema machst, tust du dennoch gut daran, dich nicht vom »Sprachpolizei«-Vorwurf hemmen zu lassen. Dabei radikal höflich bleiben, heißt: **klarmachen, was dein Anliegen ist, ohne die andere Person zu verurteilen**. Vielmehr kannst du erklären, warum du einen Begriff unangebracht findest, ohne übergriffig zu wirken – und dabei deutlich machen, wofür du selbst stehst.

Gerechte Sprache für eine gerechte Gesellschaft

Wenn der »Sprachpolizei«-Vorwurf im Kleinen an Schrecken verliert, kann er auch im Hinblick auf das gesellschaftliche Ganze entkräftet werden. Das ist wichtig – denn der Vorwurf ist nicht nur falsch, er lenkt auch vom eigentlichen Thema ab und heizt die Debatte auf: Er nutzt die reale Verunsicherung vieler Menschen und richtet sie gegen andere. Anstatt das Bemühen um gerechte Sprache als Teil eines normalen und wichtigen Aushandlungsprozesses in einer demokratischen Gesellschaft anzuerkennen, werden schon kleine Versuche abgelehnt und lächerlich gemacht.

Dabei ist die gesellschaftliche Entwicklung hin zu sprachlicher Gleichberechtigung notwendig, überfällig und noch lange nicht am Ende – und zwar, weil wir eine vielfältige Gesellschaft sind: In Deutschland leben Menschen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität, Migrationsgeschichte, »Hautfarbe« und politischer Einstellung, mit unterschiedlichem Lebensstandard oder Glauben. Damit sich in so einer Gesellschaft alle gleich aufgehoben fühlen, braucht es ein Bewusstsein für all die verschiedenen Menschen, Lebensweisen und Perspektiven – auch in der Sprache!

Viele große Medienhäuser (von Bild bis Spiegel) haben diese Entwicklung jedoch immer wieder mit einer angeblich bedrohten Meinungsfreiheit in Zusammenhang gebracht. Dabei wurde begründete Kritik an diskriminierender Sprache auf eine Stufe mit staatlicher Zensur gestellt. Doch das ist grob verzerrend und spielt auf fahrlässige Weise Rechtspopulist*innen in die Karten. Denn diese wollen den Eindruck erwecken, ein »diktatorisches System« unterdrücke die freie Rede.

Meinungsfreiheit

Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist eine wichtige Errungenschaft. Es ist nicht nur Teil der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, sondern auch im deutschen Grundgesetz verankert. In Artikel 5 heißt es: »Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten [...]. Eine Zensur findet nicht statt.« Dieses machtvolle Grundrecht soll staatliche Unterdrückung verhindern, denn in einer Diktatur können Menschen für ihre Äußerungen von Machthabenden willkürlich eingesperrt werden.

Meinungsfreiheit hat jedoch ihre Grenzen. Nämlich dort, wo sie anderen Menschen schadet. Diese Grenzen sind gesetzlich festgelegt: Beleidigung,

Volksverhetzung, das Verbreiten von Lügen über eine andere Person oder das Aufrufen zu einer Straftat gehören zu diesen Einschränkungen und können verurteilt werden. Volksverhetzung begeht beispielsweise, wer eine ganze Bevölkerungsgruppe beleidigt oder zu Hass gegen sie aufruft. Zum Straftatbestand der Volksverhetzung gehört in Deutschland auch die Leugnung oder Verharmlosung des Holocausts.

Für solche Äußerungen zurechtgewiesen zu werden (und gegebenenfalls mit Konsequenzen rechnen zu müssen), ist keine Einschränkung der Meinungsfreiheit, sondern ein Hinweis auf ihre Grenzen. Dass es in Deutschland kompliziert ist, tatsächlich rechtliche Konsequenzen durchzusetzen, zeigt den großen Wert, den Gerichte der freien Rede zumessen. Das ändert aber nichts an der Unrechtmäßigkeit vieler Aussagen – vielmehr ist hier der Staat gefordert, die Durchsetzung geltenden Rechts zu verbessern.

Durch die verzerrte Berichterstattung wird die wirkliche Bedrohung der Meinungsfreiheit vernachlässigt. Sie geht nämlich in diesen Tagen eindeutig von rechts aus: So schrecken mittlerweile viele Menschen davor zurück, sich in Online-Diskussionen einzubringen oder politisch zu engagieren. Sie haben Angst, von Hate Speech oder Doxing (Veröffentlichung privater Daten) betroffen zu sein oder auf der Straße angegriffen zu werden. Der CDU-Politiker Walter Lübcke, der sich für geflüchtete Menschen eingesetzt hatte, wurde 2019 sogar auf seiner Terrasse erschossen.

Wenn Menschen wegen organisierter, rechtsextremer Online-Kriminalität und Gewalt davor zurückschrecken (oder sogar daran gehindert werden), ihre Meinungen zu äußern und an der öffentlichen Debatte teilzunehmen, so schränkt das ihre Meinungsfreiheit und Möglichkeit zur Mitbestimmung ein. Für Rechtspopulist*innen, die all jene zum Schweigen bringen wollen, die ihnen und ihrem Weltbild entgegenstehen, ist das ein Erfolg.

Für alle Demokrat*innen hingegen ist das ein massives Problem. **Unsere Demokratie lebt von der Freiheit, sich öffentlich äußern zu können.** Nur wenn Meinungen nicht zurückgehalten werden, haben wir die Möglichkeit, miteinander zu streiten und dann auch Kompromisse zu finden. Wer die Meinungsfreiheit und die Demokratie schützen möchte, muss daher diese körperliche und sprachliche Gewalt tatsächlich konsequenter verfolgen.

Einen anderen Umgang braucht es mit **alltäglicher sprachlicher Diskriminierung**. Auch durch sie werden Menschen ausgegrenzt oder vernachlässigt und so aus der Öffentlichkeit ausgeschlossen – nur kann und soll dafür niemand bestraft werden. Vielmehr sollten wir alle dazu bereit sein, uns die Folgen und Wichtigkeit unseres Sprechens bewusst zu machen – oder Hinweise darauf ernst zu nehmen. Denn Sprache ist auch etwas Öffentliches und Politisches. Es geht bei Sprache nämlich immer um die Frage, wer in einer Gesellschaft mitgedacht, anerkannt und als gleichberechtigte Person respektiert wird.

Deshalb ist es wichtig, **den Menschen zuzuhören, die von diskriminierender Sprache betroffen sind**. Für viele Menschengruppen fallen uns schnell herabwürdigende Bezeichnungen ein, die wir in der Schule oder auf der Arbeit, in Büchern, Liedern oder Filmen gelernt haben. Das gilt zum Beispiel für Schwarze Menschen, People of Color, jüdische Menschen, Sinti*zze und Roma*nja, LGBTQIA*-Personen (Lesbian, Gay, Bisexual, Trans, Queer, Inter, Asexual) und Menschen mit Behinderung. Die hier verwendeten Begriffe sind dagegen Bezeichnungen, die sich Angehörige dieser Gruppen selbst gegeben haben. Sie zu verwenden ist eine Bedingung dafür, mit- statt übereinander ins Gespräch zu kommen.

Wenn Nicht-Betroffene anfangen *zuzuhören*, können sie vielleicht erahnen, wie es sich anfühlt, mit einem nicht selbst gewählten Begriff bezeichnet zu werden. Vielleicht erinnern sie sich an einen beleidigenden Spitznamen, den sie ungewollt in der Schule bekommen haben. Und vielleicht können sie dann versuchen sich vorzustellen, wie sich das anfühlen muss: nicht nur von Einzelpersonen gehänselt, sondern von der gesamten Mehrheitsgesellschaft ausgeschlossen zu werden; nicht nur vereinzelt mit ungewollten Fremdbezeichnungen belegt, sondern systematisch durch Sprache übergangen, entmenschlicht und erniedrigt zu werden.

Wer versucht, sich das vorzustellen, versteht: Obwohl viele diskriminierende Wörter nicht verboten, sondern Teil unserer Alltagssprache sind, ist es ein Zeichen von Respekt für sprachlich diskriminierte Gruppen, diese Begriffe *nicht* zu verwenden. Die Forderung nach gerechterer Sprache ist also keine Einschränkung der Meinungsfreiheit! Das Unbehagen, das eine Veränderung unserer sprachlichen Gewohnheiten auslöst, zeigt nur, dass die »Mehrheitsgesellschaft« die Konsequenzen diskriminierender Sprache nicht zu spüren bekommt. Der Psychologe Romeo Bissuti drückte das so aus: »Für jemanden mit Privilegien fühlt sich Gleichstellung wie Benachteiligung an.«

Diskriminierendes Sprechen zum Thema zu machen, ist kompliziert – aber unerlässlich. Denn **durch Sprache bestimmen wir, in welcher Gesellschaft wir leben wollen**. Ein Gespräch über Sprache ist auch eine Diskussion darüber, was unsere